



öffentlich

Betreff:
Schülerbeförderungssatzung

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 15.09.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

07.10.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Schülerbeförderungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam ist dahingehend zu ändern, dass auch der Fahrdienst zwischen Schule und Hort / Schulanschlussbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gewährleistet wird.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die aktuell gültige Schülerbeförderungssatzung sieht nur den Transport zwischen Wohnsitz und Schule für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen vor. Für die Inanspruchnahme einer sich an die Schulzeit anschließenden weiteren Betreuung ist aber auch der Transport in die entsprechende Einrichtung notwendig und muss durch die Satzung sichergestellt werden. Insbesondere für das Modellprojekt Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderungen ist daher eine Änderung der bestehenden Satzung nötig.

Dadurch dass auch in diesem Fall nur zwei Fahrten täglich pro Schülerin oder Schüler durch den Fahrdienst geleistet werden müssten, ist nicht von einer Erhöhung der Kosten auszugehen.